

Antrag an das 33. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen): Grünboldt

Datum: 31.10.25

Sitzung Nr. 1 am 10.11.2025

Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr.
(vom Präsidium auszufüllen)
SP-33/05

I. Antragsgegenstand

Stellungnahme des Studierendenparlaments zur Abstimmung über die Annahme des geänderten Hochschulvertrags am 16.09.25 im Akademischen Senat

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge folgende Stellungnahme zu TOP 16 der Sitzung des Akademischen Senats am 16.09.25 beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin missbilligt die am 26.09.25 in TOP 16 im Akademischen Senat beschlossene Annahme des geänderten Hochschulvertrags.

Der Berliner Senat hat die Universitäten in die Lage gebracht, sich zwischen einem Rechtsstreit mit dem Land oder einem Vertrag mit für sie katastrophalen Kürzungen entscheiden zu müssen. Diese politische Prioritätensetzung ist, gerade in Zeiten des gesellschaftlich spürbaren Rechtsrucks und weltweit zunehmend eingeschränkter Wissenschaftsfreiheit, fatal.

Dennoch hat schlussendlich der Akademische Senat der Humboldt-Universität die Entscheidung getroffen, sich der Kürzungspolitik des Landes zu ergeben und einen Vertrag anzunehmen, der Strukturverluste für unsere Universität in gigantischem Ausmaß bedeutet: eine Streichung von mind. 10% aller Studienplätze, Stellensperren und schlussendlich den Wegfall ganzer Forschungsgebiete und Studiengänge. Der Akademische Senat hätte sich entscheiden können, als Universität Vorreiterin im Kampf für eine starke Berliner Hochschullandschaft und eine enge Verbündete aller von den massiven Kürzungen des Berliner Senates betroffenen Akteur*innen im sozialen, Bildungs- oder Kulturbereich zu sein. Stattdessen hat die professorale Mehrheit im Akademischen Senat unter Rücktrittsdrohungen unserer Präsidentin beschlossen, den geänderten Hochschulvertrag anzunehmen und die Humboldt-Universität zu Berlin somit selbst aufzugeben. Dieses Verhalten ist nicht nur feige, sondern auch ein Ausdruck der Privilegien der Mehrheiten in Akademischen Gremien unserer Universität.

Wir als Studierendenparlament werden uns weiterhin für starke Universitäten, in denen gute Studien- und Arbeitsbedingungen garantiert werden, einsetzen und stehen solidarisch an der Seite aller von den massiven Kürzungen des Berliner Senats betroffenen Akteur*innen. Wir hoffen, dass der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin sein Handeln reflektiert, die Verantwortung für seine Entscheidung trägt und zukünftig bei zukunftsweisenden Entscheidungen im Sinne der Universität und ihrer Zukunft handelt.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

-

IV. Begründung

Erfolgt mündlich.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen Studierendenschaft

Keine

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller*in bzw. zu den Antragsteller*innen

eske.woldmer@student.hu-berlin.de